

SYNOPSIS

zum Entwurf einer Änderung des NÖ Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetzes 1976, LGBl. 2420, (GVBG-Novelle 2011)

Neben dem Bürgerbegutachtungsverfahren wurden nachstehende Stellen zur Abgabe einer Stellungnahme im Rahmen des Begutachtungsverfahrens eingeladen:

1. Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst
2. NÖ Landes-Landwirtschaftskammer
3. Wirtschaftskammer Niederösterreich
4. Kammer für Arbeiter und Angestellte für NÖ
5. Volksanwaltschaft
6. Rechtsanwaltskammer Niederösterreich
7. Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger
8. Österreichischen Gemeindebund
9. Österreichischen Städtebund - Landesgruppe NÖ
10. Gemeindevertreterverband der Volkspartei Niederösterreich
11. Verband Sozialdemokratischer Gemeindevertreter in Niederösterreich ,
12. Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, Landesgruppe NÖ
13. Abteilung Landesamtsdirektion, Verfassungsdienst
14. Abteilung Finanzen
15. Abteilung Personalangelegenheiten A
16. NÖ Gleichbehandlungskommission
17. ARGE Stadtamtsdirektoren
18. Fachverband der leitenden Gemeindebediensteten (FLGÖ) Landesgruppe Niederösterreich

Ferner wurde der Entwurf über eine Änderung des NÖ Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetzes 1976 dem NÖ Landtagsklub der Österreichischen Volkspartei, dem Klub der Sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Niederösterreichs, dem Grünen Klub im Niederösterreichischen Landtag und dem Freiheitlichen Klub im NÖ Landtag zur Kenntnis übermittelt.

Von der Abteilung Landesamtsdirektion/Verfassungsdienst und der NÖ Gleichbehandlungskommission wurden zur beabsichtigten Novelle Stellungnahmen abgegeben.

Vom Gemeindevertreterverband der Volkspartei Niederösterreich wurde bekannt gegeben, dass gegen die beabsichtigte Novelle keine Bedenken bestehen.

Vom Verband sozialdemokratischer Gemeindevertreter in NÖ wurde mitgeteilt, dass zum Entwurf keine Stellungnahme abgegeben wird.

Im Zuge der Bürgerbegutachtung wurden keine Stellungnahmen abgegeben.

Die Stellungnahmen sind im Folgenden dargestellt:

Stellungnahme der NÖ Gleichbehandlungskommission:

In den Gesetzesentwürfen werden personenbezogene Bezeichnungen ausschließlich in männlicher Form verwendet (der Bürgermeister, der Ehegatte, der eingetragene Partner, der Vertragsbedienstete, der Gemeindebeamte,...).

Die NÖ Landesregierung hat sich mit Beschluss vom 9. März 2004 dazu bekannt, Gender Mainstreaming als Leitziel der NÖ Landespolitik in allen Bereichen der Landesverwaltung umzusetzen. Die sprachliche Gleichstellung ist ein wichtiger Baustein in der Gender Mainstreaming-Strategie und trägt bei zur weiteren Umsetzung auch faktischer Gleichstellung von Frauen und Männern.

Es wird die Verwendung einer geschlechtergerechten Sprache angeregt.

Anmerkung:

Im Gesetzestext wird eine geschlechtsneutrale Formulierung aus legislatischen Gründen nicht verwendet.

Stellungnahme des Bundeskanzleramtes-Verfassungsdienst:

Zu Artikel 1:

Zu Z 5 (Übergangsbestimmungen):

Es wird zur Erwägung gestellt, inwieweit ein Abstellen auf eingetragene Partner allein „nach dem Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft“ unionsrechtskonform einerseits und andererseits nicht gleichheitssatzwidrig ist.

So regelt Art. 2 Z. 2 lit. b der Richtlinie 2004/38/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 über das Recht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten (ABl. L 158 vom 30.4.2004, S. 77), dass als Familienangehörige auch Lebenspartner zu gelten haben, die mit dem Unionsbürger auf der Grundlage der Rechtsvorschriften eines Mitgliedstaates eine eingetragene Partnerschaft eingegangen sind (sofern nach den Rechtsvorschriften des Aufnahmemitgliedstaats die eingetragene Partnerschaft der Ehe gleichgestellt ist und die in den Rechtsvorschriften des Aufnahmemitgliedstaats vorgesehenen Bedingungen erfüllt sind).

Weiters ist auch eine Ungleichbehandlung jener eingetragenen Partner, die ihre Partnerschaft nicht in einem Mitgliedstaat begründet haben, sachlich nicht zu rechtfertigen.

Schließlich wird auch bei der Ehe nicht darauf abgestellt, wo diese geschlossen wurde. Im Übrigen richten sich die Voraussetzungen und die Wirksamkeit im Ausland begründeter eingetragener Partnerschaften gemäß § 27a des IPR-Gesetzes nach dem Recht des Staates, in dem sie begründet wird.

*Anmerkung:
Die Erläuterungen werden ergänzt.*

Stellungnahme der Abteilung Landesamtsdirektion/Verfassungsdienst:

1. Zu Art. I Z. 4:

Im Text des neuen § 32b Abs. 6 wäre die Zahl „6“ durch die Zahl „5“ zu ersetzen.

2. Zu Art. I Z. 5:

Im Klammerausdruck wäre nach der Abkürzung „Z“ ein Punkt zu setzen.

3. Zu Art. II:

Der Doppelpunkt am Ende des Satzes sollte durch einen Punkt ersetzt werden.

*Anmerkung:
Der Entwurf wurde entsprechend überarbeitet.*